

## Anhang 1

### **Aufgaben der Waisenkommission als Vormundschaftsbehörde**

- a) Antrag an die zuständige Behörde auf Bevormundung oder Einschränkung der Handlungsfähigkeit eines Gesellschaftsangehörigen (Art. 368ff ZGB; Art. 31 und Art. 40 EG z ZGB).
- b) Bestellung eines Vormundes, Beirates oder Beistandes (Art. 298 Abs. 2, 379, 392, 395 ZGB).
- c) Genehmigung der Vormundschaftsberichte und Vormundschaftsrechnungen, Bestimmung der Entschädigung des Vormundes (Art. 413, 416 ZGB).
- d) Zustimmung zu den Verwaltungshandlungen des Vormundes (Art. 421 ZGB).
- e) Zustimmung zu den Verwaltungshandlungen des Vormundes im Sinn von Art. 422 ZGB und Antragstellung an die Oberwaisenkommission der Stadt Bern.
- f) Mitgestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern, namentlich:
  - Mitwirkung bei der Gestaltung der Elternrechte und der persönlichen Beziehung der Eltern zu den Kindern bei Scheidung, Trennung, Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes (Art. 145, 176 Abs. 2 ZGB);
  - Ernennung eines Beistandes für das Kind im Rahmen eines Ehescheidungsverfahrens (Art. 146 ZGB);
  - Anfechtung der Anerkennung der Vaterschaft (Art. 259 Abs. 2, Art. 260a ZGB);
  - Entscheid bei Fehlen der Zustimmung eines Elternteils zur Adoption eines Kindes (Art. 265d ZGB);
  - Genehmigung von Verträgen über die Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind bei unverheirateten Eltern (Art. 287 ZGB);
  - Unterstützung des obhutsberechtigten Elternteils bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen des Kindes gegenüber dem anderen Elternteil (Art. 290 ZGB);
  - Entscheid über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder);
  - Uebertragung der elterlichen Sorge bei nicht verheirateten Eltern auf den Vater (Art. 298 Abs. 2 ZGB);
  - Uebertragung des gemeinsamen Sorgerechts über ein Kind auf beide Eltern, wenn diese nicht verheiratet sind (Art. 298a ZGB);
  - Mitwirkung bei Rechtsgeschäften zwischen Eltern und Kindern (Art. 306 Abs. 2 ZGB);
  - Anordnung von Massnahmen zur Sicherung des Kindesvermögens (Art. 318 ZGB);
  - Erteilung der Bewilligung zur Verwendung des Kindesvermögens zur Finanzierung von Unterhalt und Erziehung des Kindes (Art. 320 ZGB).
- g) Bei Wohnsitz beziehungsweise Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde Bern:
  - Anordnungen über den persönlichen Verkehr zwischen Eltern und Kindern ausserhalb eines Gerichtsverfahrens (Art. 275 ZGB);
  - Anordnung von Kinderschutzmassnahmen (Art. 307 ZGB).